

Folge 02: Europa 30 Minuten+

mit Othmar Karas, Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Montag, .28. Juni 2021, 15:00 bis 15:40 Uhr

Othmar Karas ist seit 1999 Abgeordneter des Europäischen Parlaments. Seit 2019 wurde er zum zweiten Mal zu dessen Vizepräsidenten gewählt. Er ist u.a. Delegierter des Europäischen Parlaments bei der Konferenz zur Zukunft Europas.



Folgende Fragen werden im Rahmen von Europa 30 Minuten+ an Herrn Karas gestellt:

Was erwarten Sie sich persönlich von der Zukunftskonferenz?

Othmar Karas weist darauf hin, dass eine wichtige Aufgabe sei, die Europäische Union als politisches Projekt zum Projekt der Bürgerinnen und Bürger zu machen.

„Demokratie heißt Partizipation und ist nie ein abgeschlossener Prozess. Das ist mir ganz wichtig, weil wir zur Stunde sehr viel Propaganda haben, die das „Wir“ in den Hintergrund und das „Ich oder Du“ in den Vordergrund stellt, also mehr nationale Lösungen statt europäische Lösungen.“

Die Zukunftskonferenz hat mehrere Elemente. Noch nie habe es eine Debatte über die Zukunft Europas gegeben. „Die Konferenz sei eine Notwendigkeit, aus dem Grund, dass in den letzten Jahren anhand der Finanzkrise, der Flüchtlingsströme, der Pandemie, der Digitalisierung, des Klimawandels deutlich zu sehen war, dass die derzeit angewendeten Entscheidungsfindungsmechanismen an ihre Grenzen stoßen.

„Wir müssen also diese Grenzen überwinden. Das wird nur durch Ereignisse der Solidarität entstehen. Und mit der Überwindung nationaler Grenzen zusammen mit globalen Lösungen. Das halte ich für sehr wichtig.“

„Wenn wir die EU nicht handlungsfähiger machen, dann arbeiten wir den Nationalisten in die Hände und gefährden die europäische Demokratie.“

Othmar Karas würde eine öffentliche Debatte über eine starke EU und wie eine EU-Erweiterung erfolgen kann begrüßen. Z.B. könnte man durch einen neuen Vertrag über den etwa in einer ersten gemeinsamen europäischen Volksabstimmung bei der nächsten EU-Parlamentswahl abgestimmt würde, garantieren, dass die Ideen der Bürgerinnen und Bürger über die Neuordnung Europas tatsächlich Berücksichtigung finden.

„Das Europäische Parlament steht hier besonders auf dem Prüfstand, weil wir die einzigen sind, die Rechenschaft ablegen müssen.“

Fühlen sich junge Menschen ausreichend angesprochen?

Die Zukunftskonferenz hat erst gestartet so ist auch die Plattform zur Konferenz (<https://futureu.europa.eu/?locale=de>) noch jung. Othmar Karas ist auch im BürgerInnen Forum Europa tätig (www.buergerforum-europa.at), das BürgerInnendialoge zu verschiedenen Themen organisiert. JedeR ist eingeladen daran teilzunehmen und im Besonderen auch junge Menschen.

„Ich rechne damit, dass die Debatte erst nach dem Sommer wirklich beginnen wird, mit den ersten Präsentationen und inhaltlichen Debatten. Jeder und jede ist aufgerufen in seiner oder ihrer Form teilzunehmen.“

Junge Menschen möchten wissen, was mit den Ideen passiert, die auf die Plattform gestellt werden. Wie werden diese berücksichtigt? Junge Menschen haben hohe Erwartungen, wie viel zählt ihre Meinung wirklich?

Alle Vorschläge werden gebündelt in den jeweiligen Arbeitskreisen. Die VertreterInnen in den Arbeitskreisen sortieren die Vorschläge vor. In den Plenarversammlungen werden die Vorschläge thematisiert. Teilnehmende dieser Versammlungen sind europäische und nationale Abgeordnete sowie Vertreterinnen der Bürgerinnen und Bürger.

www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210618IPR06512/konferenz-zur-zukunft-europas-plenarversammlung-kommt-erstmals-zusammen

Bis spätestens 9. Mai 2022 wird es eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Konferenz geben. Die letzte Entscheidung liegt im Parlament.

„Aber ich möchte einen mit den BürgerInnen erarbeiteten Vertrag entwickeln, der zu einer ersten europäischen Volksabstimmung führen könnte. Es ist wichtig, dass wir diese politische öffentliche Debatte führen. Und zwar möglichst breit, sodass sich jeder einbringen kann. Und zwar mit Ideen, nicht mit Likes. Das wird ein dynamischer Prozess, davon bin ich überzeugt.“

Wie werde ich EU-Bürger/EU-Bürgerin? Ich kann die EU-Bürgerschaft auch kaufen, z.B. in Malta. Hat man schon mal überlegt, das zu unterbinden?

EU-Bürger/EU-Bürgerin kann ich nur werden, wenn ich StaatsbürgerIn eines EU-Mitgliedstaates werde.

„Mir wäre es recht wenn wir einen europäischen Pass hätten und dadurch der Missbrauch unterbunden wird. Wenn der Missbrauch in Mitgliedstaaten organisiert ist, wird es schwer. Mit einer Stärkung der europäischen Bürgerschaft muss natürlich auch die Verfügungsgewalt über die Ausstellung des Passes stärker europäisiert werden.“

https://europa.eu/european-union/about-eu/eu-citizenship_de

In welcher Richtung möchte sich die EU entwickeln? Welche Vorteile entstehen für Jugendliche?

Die EU muss aus Othmar Karas Sicht Vertreter des Kontinents werden. Europa könne weltpolitisch nur eine Rolle spielen, wenn gemeinsam gehandelt wird.

„Die Jugend ist viel stärker im Geist der EU verhaftet als im Projekt EU. Es geht um Frieden, Rechtsstaat, Demokratie, Handlungsfähigkeit.“

Die Zukunft Österreichs ist eng mit der Zukunft Europas verbunden, das sollte betont werden, statt das eine gegen das andere auszuspielen.

„Das europäische Projekt ist ein Zukunftsprojekt und damit ein Jugendprojekt. Man denke nur an den Klimawandel. Das wird sich nicht national lösen lassen. Um Zukunft zu gestalten brauchen wir die europäische Zusammenarbeit.“

Welche Möglichkeiten haben die Mitglieder der EU wenn Mitgliedsstaaten sich nicht an die Grundwerte der EU halten?

„Wir müssen verstehen, dass die EU nicht nur eine wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, sondern eine Rechts- und Wertegemeinschaft, die Grundlage für die politische Auseinandersetzung ist.“

Die Grundrechtecharta im Vertrag von Lissabon ist Teil der nationalen Verfassungen. Wenn sich jemand nicht an diese Wert hält, verletzt er auch nationales Recht, wie etwa in Ungarn oder Polen. Die EU hatte schon immer die Möglichkeit der Vertragsverletzungsverfahren (https://ec.europa.eu/info/law/law-making-process/applying-eu-law/infringement-procedure_de), und daraus zum Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu gehen. Es gibt das Artikel-7-Verfahren, das leider schwach ist, weil eine Einstimmigkeit im Rat erforderlich ist (https://ec.europa.eu/germany/news/20171220-polen_de). Die Einstimmigkeit stellt oft ein Hindernis dar und die Abschaffung müsste verstärkt diskutiert werden. Es wurde ein neues Instrument geschaffen, das die Sanktionierung von Grundrechtsverletzungen ohne Einstimmigkeit ermöglicht. Es ist noch nicht abgeklärt, inwieweit dieses Instrument im Fall von Ungarn eingesetzt werden kann. (https://ec.europa.eu/austria/news/von-der-leyen-nach-europ%C3%A4ischem-rat-eu-ist-zu-allererst-werteunion_de)

„Sanktionen alleine sind nicht genug, sondern auch die öffentliche Debatte um die Verletzungen von Grundrechten. Ich glaube der öffentliche Druck nimmt zu, das ist sehr wichtig. Ohne eine öffentliche Debatte gewinnt oft derjenige, der die Medienfreiheit einschränkt oder das Wahlrecht zu seinen Gunsten ändert. Es ist nicht im Interesse der Mitgliedstaaten sich gegen die EU zu wenden, denn sonst drohen Einschränkungen der Unterstützungen. Es braucht beides, öffentliche Debatten und effiziente Sanktionsmechanismen.“

Beiträge aus *Im Zentrum* vom 27.6.2021 „Die beschädigte Demokratie - Orbans Politik und Europas Alarmrufe“ u.a. mit Othmar Karas als Gast:

<https://twitter.com/ORFIImZentrum/status/1409487450410565632>

https://twitter.com/othmar_karas/status/1409462400189882369